

04.11.2015

Neudruck

Entschließungsantrag

der Fraktion der PIRATEN

zum Antrag des Abgeordneten Schwerd FRAKTIONSLOS (Drs. 16/10055)

Menschenfeindliche Gewalt und Hetze erfassen, aufklären und abwehren – Zeichen setzen für Demokratie und gegen Flüchtlingsfeindlichkeit

I. Sachverhalt

In den vergangenen Wochen wurden immer mehr Schutzsuchende, Migrantinnen und Migranten, Helferinnen und Helfer, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Politikerinnen und Politiker von rechten Gewalttätern in NRW bedroht. Alleine am vergangenen Wochenende wurden zwei Brandanschläge verübt. In beiden Fällen ermittelt der Staatsschutz.

Sei es im Netz, sei es vor den Unterkünften, sei es in Form von Hassbriefen, Morddrohungen, Gewalt- und Straftaten – den Tätern ist jede Form der Einschüchterung recht, um ihre Propaganda zu verbreiten und ihre Ideologie auszuleben.

Schon in den letzten Jahren hat sich eine starke Zunahme rechts motivierter Straftaten abgezeichnet. Seit ein paar Monaten aber steigt die Zahl dramatisch: Bis Ende Oktober wurden in Deutschland schon 600 Angriffe auf Asylunterkünfte gezählt, mindestens 543 davon hatten einen rechts motivierten Hintergrund. Jede vierte „fremdenfeindliche“ Straftat in Deutschland fand dabei laut Bundeskriminalamt in NRW statt. Antworten der Landesregierung auf Kleine Anfragen zu menschenfeindlichen Straftaten in NRW verdeutlichen, dass nicht nur die Anzahl der Vorfälle steigt, sondern dass auch die Aktionen an sich massiver und gefährlicher werden. Es gibt immer mehr Verletzte.

Die staatlichen Behörden wirken zunehmend hilflos und können die Menschen nicht immer schützen. Erschreckend niedrig ist die Aufklärungsquote bei menschenfeindlichen Straftaten und die Dunkelziffer ist immens hoch. Hinzu kommt, dass Hasskriminalität oft von Polizei, Politik und Justiz nicht als solche erkannt wird. Nicht zuletzt die Aufdeckung von Gewalttaten des NSU hat die systematische Unterschätzung der von gewaltbereiten Rechten und Rechtsterroristen ausgehenden Gefahren verdeutlicht.

Datum des Originals: 04.11.2015/Ausgegeben: 04.11.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Noch heute zeigt sich, dass menschenfeindliche Motive nicht ins Strafmaß miteinfließen und dass rassistische Taten nicht immer im Definitionssystem PMK-rechts erfasst werden (auf diesen Missstand weist u.a. auch „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“ im Regierungsbezirk Köln hin). Der Gewaltforscher Prof. Andreas Zick von der Universität Bielefeld erklärte jüngst gegenüber dem SPIEGEL: „Die Relativierung rassistischer Gewalt muss ein Ende haben. Wir dürfen die Menschenfeinde, die Flüchtlingsunterkünfte angreifen, nicht länger als ‚Asylkritiker‘ oder ‚Sorgenbürger‘ verharmlosen. Wir müssen die rassistische Gewalt in Deutschland als das benennen, was sie ist: eine Form des Terrors.“

Über den offenen Rechtsextremismus hinaus verzeichnet das Bundeskriminalamt auch eine immer höhere Gewaltbereitschaft bei sogenannten „Rechtspopulisten“. Denn nicht immer handelt es sich bei den Tätern um einschlägig bekannte Rechte, vielmehr findet in bestimmten rechtspopulistischen Kreisen eine Selbstradikalisierung statt.

Diese Selbstradikalisierung wird auch durch Regierungspolitiker wie beispielsweise Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer verstärkt, der fortwährend vor einem Kollaps durch die hohe Zahl an Flüchtlingen warnt. Verschiedene Parteien nehmen diese Aussagen zum Anlass, sich noch stärker und menschenfeindlicher gegen Flüchtlinge zu positionieren.

II. Der Landtag stellt fest

1. Nach neuesten Schätzungen werden im Jahr 2015 voraussichtlich 800.000 Menschen nach Deutschland kommen, um Krieg, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Armut in ihren Heimatländern zu entkommen. Diese Entwicklung war lange vorhersehbar, deshalb muss den Darstellungen eines überraschenden und kaum zu bewältigenden Anstiegs von Flüchtlingszahlen in der Öffentlichkeit entschieden entgegengetreten werden.
2. Deutschland hat in den 1990er Jahren jährlich 400.000 Menschen Zuflucht geboten. Wir haben keine Zweifel, dass es für die Bundesrepublik Deutschland mach- und schaffbar ist, auch die doppelte Zahl an Schutzsuchenden zu versorgen: Flüchtlinge sind in NRW unabhängig von ihrem Schutzstatus willkommen.
3. Die Panikmache und Notstandsrhetorik in den letzten Wochen sind Wasser auf die Mühlen der Menschen- und Flüchtlingsfeinde. Die Politik steht hier in der Verantwortung und muss der menschenverachtenden Hetze entschlossen entgegenreten.
4. Es ist höchste Zeit, dass der Bund, das Land und die Kommunen gemeinsam an einer nachhaltigen, humanen und dem Asylrecht entsprechenden Flüchtlingsaufnahme arbeiten. Großsiedlungen für Flüchtlinge schaffen soziale Probleme und machen es Menschen- und Flüchtlingsfeinden einfacher, Flüchtlinge zu stigmatisieren.
5. Menschenfeindliche Einstellungen sind keine Phänomene an den Rändern der Gesellschaft, sondern bis weit in die Mitte der Bevölkerung verbreitet. Es braucht jetzt Lösungen und ein starkes Zeichen aller demokratischen Kräfte für Demokratie und gegen Flüchtlingsfeindlichkeit.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. ein konkretes Lagebild von Hasskriminalität in NRW zu erstellen und dem Landtag NRW bis zum 31. Januar 2016 vorzulegen.
2. dem Beispiel Sachsen zu folgen und sofort ein Operatives Abwehrzentrum für NRW zu gründen, dem auch zivilgesellschaftliche Organisationen angehören sollen.
3. die Arbeit des NRW-Verfassungsschutzes auf Schwachstellen hinsichtlich der Rechts-extremismus- und -terrorismus-Prävention zu überprüfen und dessen bisherige Arbeit auf diesen Gebieten zu evaluieren.
4. auf eine Überprüfung der Arbeit des Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (in das das Gemeinsame Abwehrzentrum Rechtsextremismus 2011 integriert wurde) hinzuwirken.
5. zivilgesellschaftliche Organisationen in die Analyse, Dokumentation und Entwicklung von Abwehrmaßnahmen gegen Menschenfeindlichkeit viel stärker als bisher einzubeziehen und ihre wertvolle Antirassismus-Arbeit auf eine Langzeitfinanzierung umzustellen.
6. Notrufschaltungen zu Polizei und Feuerwehr in allen Sammelunterkünften in NRW einzurichten.
7. einen ganz neuen Katalog zur Erfassung von menschenfeindlichen Straftaten in NRW zu erstellen und dort auch antiromaistische / antiziganistische Straftaten zu erfassen.
8. eine Sensibilisierungskampagne für die Situation von Flüchtlingen und gegen Menschenfeindlichkeit in die Wege zu leiten.
9. für einen besseren Schutz vor Diskriminierung zu sorgen und auf weitere Gesetze gegen Hasskriminalität auf Bundesebene hinzuwirken.
10. Behörden für das Thema Menschenfeindlichkeit zu sensibilisieren, sodass Hasskriminalität als solche erkannt wird.

Michele Marsching
Marc Olejak
Frank Herrmann
Daniel Düngel

und Fraktion